

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 208.

1910. Nr. 578. Zweite Ausgabe

Sonnabend, 10. Dezember 1910.

Brentano und die Getreidezölle.

Der sattsam bekannte Nationalökonom R. J. Brentano hat eine „Denkschrift“ herausgegeben, die bei Z. G. Gotta in Stuttgart erschienen ist und den Titel trägt: „Gottland und die Getreidezölle“.

Die Schrift ist ihrem Inhalte nach eine erweiterte Auflage der früheren Schriften des Verfassers: „Das Freihandelsargument 1901“ und „Der Streit über die überwindenden Industriezölle 1901“. Der Unterbich besteht aus drei Teilen, die die neue Schrift den folgenden Namen „Denkschrift“ führt und sich mit folgenden auf sich interessanten und weitreichenden Tabellen versehen ist, die indes nicht immer alle überzeugenden Belege für die Beweisführung des Verfassers gelten können. Es würde deshalb keine Veranlassung vorliegen, auf die Schrift einzugehen, wenn sie nicht durch eine optatistische Sprache dazu herausforderte, mit welchen Mitteln der Verfasser arbeitet, möge folgendes Beispiel darthun. Auf Seite 17 der Schrift heißt es wörtlich:

Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1882 betrug der Umfang von nur 23,57 Proz. aller Betriebe mehr als 5 Hektar. Wohl man von der allgemeinen Annahme aus, daß noch nahezu alle Betriebe bis zu 5 Hektar, sei es zu wirtschaftlichem Interesse, sei es zur Viehfütterung, Getreide zuzukaufen müssen, so brachten also noch nicht einen Viertel der deutschen Landwirtschaft die Wirtschaftsgewinne. Nach der Betriebszählung von 1907 gab es 438478 Betriebe bis zu 5 Hektar, rechnet man dazu die 17982 Betriebe über 5 Hektar, so hat Deutschland heute, so erzählt man 4402788 von 5 bis 796 082, d. h. 76,76 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe, welche Getreide zuzukaufen müssen. Nur 23,25 Proz. der deutschen Landwirtschaft sind somit heute an hohen Getreidepreisen interessiert. Das sind, von verhältnismäßig wenigen Bauern abgesehen, die Großgrundbesitzer und zwar in der Hauptlinie die erblichen Großgrundbesitzer.

Man traut zuerst keinen Nachen, daß ein deutscher Gelehrter sich von seiner politischen Leidenschaft so weit fortreißen läßt, ein so tiefes Urteil zu fällen.

Wie steht in Wahrheit die Sache?

Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1907 gibt es 5 736 082 landwirtschaftliche Betriebe. Von diesen Betrieben haben 1 351 296 oder nur 23,56 Proz. eine landwirtschaftliche Fläche von 5 Hektar und mehr. Brentano erwähnt indes auffälliger Weise nur diesen Prozentsatz, er vermeidet ängstlich, die absolute Zahl der Betriebe von 5 Hektar und mehr mit über 1 Million dem Leser vorzuführen; er hätte den Leser ja auch sofort fertig machen können. Von den Anbauern aller Betriebe waren indes nur 2 424 420 selbständige landwirtschaftliche Betriebe, während und die Anbauer von weiteren 546 622 Betrieben waren ihren Hauptberufe nach unselbständige Erwerbshilfen in der Landwirtschaft, wovon allein 524 398 Arbeiter und Tagelöhner. Von allen gewählten landwirtschaftlichen Betrieben gehörten also nur 971 049 oder rund 9 Proz. zum landwirtschaftlichen Bevölkerung, die Anbauer der übrigen 2 765 040 Betriebe, von denen 1 631 823 nur eine Fläche von unter einem Viertel Hektar hatten, gehörten ihrem Hauptberufe nach der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung an. Nicht weniger als 1 Million dieser Betriebe wurden von Industriearbeitern bewirtschaftet.

Schon im amtlichen Quellenwerk wird hierauf aufmerksam gemacht; es heißt an der Spitze der Tabelle 9 wörtlich: „Über die Hälfte der Anbauer und sonstigen Leiter von landwirtschaftlichen Besitzungen betrieb die Landwirtschaft nicht als Hauptberuf, sondern nur nebenbei teils zum Vergnügen, teils als Nebenberuf neben dem sonstigen Hauptberufe.“ Will man deshalb erweisen, ein wie großer Teil der deutschen Landwirtschaft ein Interesse an den Getreidezöllen hat, so darf man die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 5 Hektar und mehr gar nicht in Betracht ziehen, sondern nur die Zahl der selbständigen Betriebe in Betracht ziehen, deren Anbauer sich hauptsächlich als selbständige Landwirte betätigen haben. In 1 351 296 + 2 424 420 = 3 775 716, oder Landwirte, oder wenn man noch berücksichtigen will, daß von den Anbauern der Betriebe von 5 Hektar und mehr 94 543 selbständige Landwirte nur im Nebenberuf sind, 1 256 753; 2 424 420 = 51,84 Proz. aller Landwirte. Wüßten aber, nach der Voraussetzung Brentanos nicht nur ein Viertel, sondern über die Hälfte aller Landwirte einen direkten Vorteil von den Getreidezöllen.

Nach mehr tritt das Interesse auch des bäuerlichen Betriebes an den Getreidezöllen hervor, wenn man nicht die Zahl der Landwirte mit 5 Hektar und mehr, sondern vielmehr die landwirtschaftlich benutzte Fläche dieser Betriebe zur Grundlage der Untersuchung nimmt. Dieser beträgt nach der Betriebszählung von 1907: 2 798 685 Hektar, oder nicht weniger als 84,18 Proz. der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche. Davon entfielen 74 Proz. auf die bäuerlichen Betriebe von 5—100 Hektar und nur 26 Proz. auf die Betriebe über 100 Hektar. Oder mit anderen Worten: 84 Proz. des landwirtschaftlichen Kulturlandes in Deutschland ist nach der Voraussetzung von Brentano, daß der Getreidezollverlauf bei 5 Hektar beginnt,

an den Getreidezöllen interessiert. Hieron hat Brentano in seiner Schrift überhaupt keine Notiz genommen.

Verdächtig man auch hierbei nur die landwirtschaftlich benutzte Fläche derjenigen Betriebe, deren Anbauer hauptsächlich selbständige Landwirte sind, so betrug diese 28 662 680 Hektar, während nur 3 172 194 Hektar auf die fast 3 1/2 Millionen Betriebe entfielen deren Anbauer einen landwirtschaftlichen Betrieb nur im Nebenberuf haben. Von der Fläche oder hauptsächlich selbständigen Landwirte gehören 25 729 563 Hektar oder 89,77 Proz. zu den Betrieben von 5 Hektar und mehr. Oder mit anderen Worten: 90 Proz. der landwirtschaftlich benutzten Fläche aller Landwirte in Deutschland sind nach der eigenen Voraussetzung Brentanos an den Getreidezöllen interessiert.

Auch an dem völlig neuen Ergebnis der Betriebszählung von 1907, daß von der gesamten Brotgetreidefläche (Weizen und Spelt) in Deutschland 78 Proz. in Betrieben unter 100 Hektar und nur 22 Proz. in Betrieben über 100 Hektar bewirtschaftet werden, geht Brentano mit Stillschweigen vorbei. Man muß in den reichhaltigen Tabellenwerk vergeblich danach, obgleich eine solche Tabelle dem Verfasser doch sehr nahe hätte liegen müssen.

Diese Probe möge vorläufig genügen, um zu zeigen, was Geistes Kind diese „Denkschrift“ ist. Es ist wirklich bedauerlich, daß ein sonst so scharfsinniger Kopf wie Brentano sich von seinem blinden Götzen den Großgrundbesitz verteidigen läßt, solche großen statistischen Fehler zu machen, deren Beseitigung sein wichtigstes Argument gegen die Getreidezölle mit einem Schlag auf absurdum führen muß. Und da wunderlich jene Akademiker, daß man sie überhaupt nicht mehr ernst nimmt. Es ist eben das Unglück der Wissenschaft der Nationalökonomie, daß sie mit ihren Arbeiten und Ergebnissen mitten in das wilde Gebiete der Tagespolitik hineinragt und damit immer mehr Gefahr läuft, daß ihr wissenschaftlicher Niederschlag, je nach dem Temperament und dem Maß der Selbstbeherrschung des einzelnen Gelehrten, von dem Fatalismus der Parteipolitik mehr oder weniger getrieben ist.

Brentano hat überdies eine solche Schrift dem Anbenden Wilhelm Reicherts mit der Begründung gewidmet, daß in der von mir herausgegebenen 13. Auflage von Reicherts Nationalökonomie des Adelslandes die Behandlung der Getreidezölle nicht in Reicherts Sinne erfolgt sei, ohne auch nur ein einziges Mal in seiner Schrift den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung anzutreten. Er scheint meine Ausführungen überhaupt nicht gelesen zu haben, denn sonst hätte er z. B. die sicheren Sätze nicht schreiben dürfen, daß ich bereits vor dem obigen Nachweis auf Grund der Betriebszählung von 1895 festgestellt habe. Mir ist in der Literatur keine Schrift bekannt, die in solcher Kirze alles enthält, was nicht nur für, sondern auch gegen die Getreidezölle gesagt werden kann, als was ich darüber ohne jegliche Parteistellung in der neuesten Ausgabe von Reicherts Nationalökonomie des Adelslandes (S. 756 ff.) geschrieben habe. Aber Brentano behauptet sich in seiner Schrift so überaupt nicht mit den eigentlichen wissenschaftlichen Vertretern der Agrarfrage, wie mit Adolf Wagner, Sering, Overe, Dieck u. Er eiert mir gegen die Getreidezölle, ohne sie im Rahmen des gesamten Agrar- und Industriezuges zu betrachten und ohne uns zu sagen, ob nach seiner Ansicht auch die Vieh- und Fleischezölle zu verwerfen sind, ob nicht auch sie und hohe Viehpreise nach derselben Theorie die Landwirtschaft ruinieren müßten, und ob weiter auch die Industriezölle zu beseitigen sind, weil auch sie und hohe Preise für Industrieerzeugnisse schließlich doch zum Untergang der deutschen Industrie führen müßten.

Professor Dr. D. Dade.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und seine Jagdgäste trafen am Freitag mittags 12 1/2 Uhr auf der Station Karlsruhe bei Springs ein, wo der Landrat des Kreises Springs v. Leer sich zur Meldung eingefunden hatte. Die Jagdgesellschaft fuhr in Automobilen nach dem nahegelegenen Jagdschloß. Im ersten Wagen saß der Kaiser mit Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich-Ung. im zweiten Prinz Eitel Friedrich, Erzherzog Friedrich von Oesterreich und Fürst Georg von Schaumburg-Lippe, im dritten der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und Fürst zu Fürstberg. Vor dem Schloßportal wurde der Kaiser von Oberjägermeister und den übrigen Herren der Jägerzeit begrüßt. Der Kaiser stellte die Herren der beiden Jagdschloß, worauf die Jagdgesellschaft sich zu einem kleinen Frühstück im Speisekabin veranstellte. Das erste Jagd- und im neuen Jagdrevier bei Grüningshausen fuhr. Kurz vor 3 Uhr traf die Jagdgesellschaft am Jagdschloß Springs ein und nahm alsbald ihre Plätze ein. Bester Schütz am ersten Jagdtage blieb Erzherzog Franz Ferdinand. Kurz nach 4 Uhr trafen Seine Majestät der Kaiser und die übrigen Jagdgäste wieder im Schloß ein. Um 8 Uhr Abends fuhr stattfand, an der aus Samnover Oberpräsident Dr. v. Bengel und der kom-

mandierende General des 10. Armeekorps, General der Infanterie G. m. i. G., teilzunehmen. Der Reichskanzler begab sich, entgegen seiner ursprünglichen Absicht, ebenso nach Berlin zurück.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind am Donnerstagabend in Nordy eingetroffen. Der Transport des Gepäcks verzögerte sich in der Abfuhrlage. Ihre kaiserlichen Hoheiten werden heute, Sonnabend, mittags in Colombo eintreffen.

Aus Bremen. Am Stelle des in den Rückhalt getretenen Bürgermeisters Dr. Pauli ist Senator Dr. Marcus zum Bürgermeister bis zum Schluß des Jahres 1915 gewählt worden.

Wienart über die deutsch-englischen Beziehungen. In einem Artikel der „Zeitschrift“ erwähnt Graf Reventlow eine bisher wenig bekannte Aeußerung Bismarcks über den Grund des schlechten Verhältnisses zwischen England und Deutschland:

„Wenige Monate vor seinem Tode wurde Bismarck befragt durch den bekannten englischen Schriftsteller George Wyntmann gefragt, ob er nicht ein Mittel wisse, um das schlechte Verhältnis zwischen England und Deutschland zu bessern. Bismarck ließ durch seinen Schwiegersohn im April 1898 antworten: Er bedauere, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht besser seien, als sie eben sind. Bedauerlicherweise wisse er kein Mittel dagegen, da das einzige Mittel bekannt, und das darin bestehe, daß wir unserer deutschen Industrie einen Raum anfertigen, nicht gut anwendbar sei.“

Die Stichwahl in Rabiau-Wehlen. Das Freitagabend 10 1/2 Uhr waren gewählt: für Wagner (fortschritt. P.) 9762, für Burdard (kons.) 7140 Stimmen. Drei kleine Bezirke stehen noch aus. Wagner ist somit gewählt.

Die Kollegialität im Reichstage. Unter dieser Ueberschrift bringt der „Sammovereiche Courrier“ eine Meldung über das Verhältnis von nationalliberalen und konservativen Abgeordneten, die das größte Versehen ertragen mußte — wenn sie wahr wäre. Der „Gann. Cour.“ läßt sich nämlich melden:

Von der „Kreuzzeitung“ ist in der Lokart, die auf den Junfischen Ozelebens für sorgfältig, den Nationalliberalen gedolgt worden, daß demnach auf der persönlichen Verträge zwischen den nationalliberalen und konservativen Abgeordneten aufzuweisen, ob es notwendig und tatsächlich frag war, zu Beginn dieser letzten Session des Reichstages ein solch starkes Verhältnis aufzuführen, wie die Zukunft lehnen. Tatsache ist, daß schon jetzt die persönlichen Verhältnisse im Reichstage sich bedenklich ausgeprägt haben. Wie uns von einem regelmäßigen Besucher geschrieben wird, scheint der Grundstimmton schon jetzt aufgehoben zu sein; in der Wandelhalle des Reichstages haben nationalliberale und konservative Parlamentarier, die lange Jahre hindurch in den Kommissionen und im Plenum zusammenwirkten, aneinander vorbeigehen, ohne sich eines Blickes zu würdigen. Im Sitzungssaal scheint man sich gegenseitig zu vermeiden, ängstlich jede Berührung. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen unzureichenden Umständen auch die geschäftliche Behandlung der Vorlagen Einbuße erleiden muß.

Die „Post“ hat daraufhin Erundigungen bei verschiedenen Abgeordneten der Rechten eingeholen und von allen Seiten erfahren, daß die Nachricht durchaus falsch ist. Der persönliche Verkehr nationalliberaler, konservativer und freisinniger Abgeordneter ist ebenso häufig, wie er früher gewesen ist. Die Abgeordneten dieser Parteien sind doch zu gut erzogen, als daß sie aus politischen Gründen die einfachsten Regeln der Höflichkeit außer acht lassen sollten, im Gegenteil ist in diesem Winter wohl kaum eine feilsche Veranlassung bei einem nationalliberalen oder konservativen Abgeordneten gewesen, ohne daß auch Mitglieder der anderen nationalen Parteien daran teilgenommen hätten. Der „regelmäßige Besucher“ der Reichstagsverhandlungen hat entwerfen Gelehrten gelebt, oder irgendein Mißverständnis liegt der ganzen Meldung zugrunde.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung der Schiffstakabgaben begann am 9. d. ihre Sitzungen, beriet vier weiteres Material von der Regierung verlangende Anträge und nahm einen Sammelantrag an, der von der Regierung eine denkschriftliche Beantwortung aller Auskünfte verlangt. Die Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt.

Die Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung begann am Freitag die zweite Lesung des zweiten Buches: Krankenzusicherung. Bei der ersten Lesung wurde in dem Widerspruch der Regierungsvertreter u. a. im § 177 ausgeprochen, daß Gesundheitsgehilfen, Betriebsbeamte, Werkmeister, Ledner, Wühnenmitglieder, Lehrer und Erzieher bis zu 2500 M. Jahres Einkommen von der Versicherungspflichtig sein sollen. Von der Kontraktion werden nun beantragt, die Regierungsvorlage wiederzubestimmen und statt 2500 M. auf 3000 M. zu setzen. 2000 M. Minderheitsdirektion Gehalt entspricht die Annahme dieses Antrages. Es wäre die Straßabgrenzung der Einkommensgrenze auf 2000 M. ein Entgegenkommen gegenüber den Wühnen der Rechte. Ein Fernstudienminister erklärt, hier nachzugehen zu wollen, wenn die Einbeziehung der Betriebsbeamten, Werkmeister usw. in die Unfallversicherung bis zu einer Einkommensgrenze von 5000 M. beschlossen werde. Nach längerer Erörterung wird die Einkommensgrenze auf 2000 M. herabgesetzt. Die Riffer 2 des § 177 wird geändert wie folgt:

199

Die Rubrik in Kursverzeichnisse...
Preis: 1.000 Mark pro 100 Aktien
...

Berliner Börse, 9. Dez. 1910

an den Börsen...
...

Main table containing financial data, stock prices, and market reports. Includes sections for 'Aktien', 'Obligations', 'Deutsche Hypothek', 'Schiffahrt', 'Industrie-Aktien', and 'Gold- und Silberbanknoten'. The table is densely packed with columns of numbers and names of companies or financial instruments.

Vertical text on the far right edge of the page, possibly a date or page indicator.

